

Wasserstadt-Pläne spalten Rot-Grün

5000 statt 2000 Bewohner? „Große Zweifel“ in der SPD, „erheblicher Diskussionsbedarf“ bei Grünen

VON CONRAD VON MEDING
UND RÜDIGER MEISE

Die Planungen der Stadt, die Wasserstadt Limmer deutlich größer zu dimensionieren als bisher vorgesehen, stoßen in Teilen von SPD und Grünen auf Widerstand. Bis zu 5000 Menschen sollen künftig in dem Neubaugebiet leben. Die Stadtverwaltung hat damit angesichts der Wohnungsknappheit die ursprünglich geplante Zielzahl von 2000 mehr als verdoppelt. Zunächst schien es Zustimmung bei der Ratsmehrheit zu geben. Doch inzwischen zeichnet sich immer deutlicher ab: Intern knirscht es bei SPD und Grünen erheblich.

Die Grünen werden wahrscheinlich einen separaten Parteitag eigens zur Wasserstadt veranstalten, um mit ihren Ratspolitikern über das Vorgehen zu diskutieren – das hat es zuletzt zum Thema Hoch-

bahnsteige in Linden gegeben. Und auch die SPD steht längst nicht geschlossen hinter dem Projekt. „Es gibt große Zweifel“, sagt der Lindener SPD-Mann Eike Geffers.

Anfang Februar hatte die Stadt ihre überarbeitete Planung für die alte Industriebrache zwischen Stichkanal und Leineabstiegskanal vorgelegt. Anstatt insgesamt etwa 650 Wohneinheiten überwiegend als Reihen- und Stadthäuser zu bauen, wie es eigentlich vorgesehen war, sollen jetzt etwa 220 Wohneinheiten vor allem in Mehrfamilienhäusern entstehen. An einigen Stellen sind sogar bis zu achtgeschossige Gebäude geplant. Das neue Wohngebiet soll Limmer zusätzliche Geschäfte und einen großen Supermarkt, Kitas und wahrscheinlich ein neues Gymnasium beschermen. In der Nachbarschaft gibt es aber Zweifel, ob der Stadtteil so viele Neubürger verträgt. Auch die zu er-

wartende Zunahme des Verkehrs auf der Wunstorfer Straße macht Sorgen.

Bei einer Diskussionsveranstaltung der Grünen prallten die Fronten zwischen Stadtteilpolitikern und Ratsvertretern jetzt erstmals öffentlich aufeinander. Der Parteivorstand sehe „erheblichen internen Diskussionsbedarf, auch zum Umgang der Stadt mit Meinungsbildungsprozessen“, sagt Grünen-Vorstand Tobias Leverenz. Bürgern und Stadtteilpolitikern sei die Konzeptänderung bei der Wasserstadt nur mitgeteilt worden, „es konnte sich niemand einbringen“.

SPD-Politiker Geffers geht noch weiter. Er hat Zweifel, dass die Planungsänderung überhaupt rechtens ist. Die Stadt hatte das Bebauungsplanverfahren 2013 noch auf Grundlage der Ursprungsplanung gestartet – inklusive der sogenannten frühzeitigen Beteiligung der Bürger. „Jetzt wird zwar mit deutlich anderen

Zahlen weitergeplant, aber es wird gesagt, die Bürger seien ja schon beteiligt worden“, sagt Geffers: „Man könnte das Gefühl haben, die Öffentlichkeit werde hinters Licht geführt.“ Der Bezirksrat hat jetzt beschlossen, dass eine neue Bürgerbeteiligung starten soll.

Die baupolitischen Sprecher der rot-grünen Ratsfraktionen stehen allerdings hinter dem Projekt. „Wir begrüßen die höhere Dichte der Bebauung, weil Hannover Wohnungen braucht“, sagt SPD-Ratsherr Thomas Hermann. Grünen-Fraktionsvize Michael Dette erinnert daran: „Als Grüne sollten wir den Anspruch haben, eine Industriebrache sinnvoll für Wohnungsbau zu nutzen.“ Er räumt ein, dass es bei den Grünen eine „komplexe Gemengelage“ gebe. „Die Bebauung der Wasserstadt insbesondere mit Mehrfamilienhäusern sollten wir aber nicht infrage stellen“, sagt er.

Das lange Ringen um die Brache der Conti-Gummifabrik



Der richtige Platz für achtgeschossige Häuser? Die Wasserstadt in Limmer. Dröse

Seit Continental seine Gummiwerke in Limmer 1999 stillgelegt hat, ist die „Conti Limmer“ hauptsächlich für Graffiti-sprayer und Fotografen interessant, die die Fabrikrummen als Kulisse für sich entdeckt haben. Der Großteil des Geländes gehört der Wasserstadt-Limmer GmbH von Bauunternehmer Günter Papenburg, ein kleiner Teil der Hannover Region Grundstücksgesellschaft (HRG).

Seit Jahren brüten Arbeitskreise darüber, wie die sogenannte Wasserstadt zwischen Leineabstiegskanal und

Stichkanal Linden eines Tages aussehen soll. Mit deren Überlegungen jedoch haben die Planungen, die die Stadt Anfang Februar präsentiert hat, wenig zu tun. Sie will, um der Wohnungsnot in der Stadt entgegenzuwirken, nicht wie bisher vorgesehen Platz für 2000, sondern für 5000 Menschen schaffen. Dabei sollen auch achtgeschossige Hochhäuser entstehen. Viele Limmeraner befürchten nun hohe Belastungen für ihren Stadtteil, dessen Bevölkerungszahl sich beinahe verdoppeln würde. fx